Rüstung

Regierung genehmigt U-Boot-Deal

Israel soll weitere drei Schiffe erhalten, die mit Atomwaffen bestückt werden können.



BAZ RATNER / REUTERS

Netanyahu (2. v. l.) bei Ankunft des fünften U-Boots in Haifa 2016

Der Bundessicherheitsrat hat am Mittwoch einen umstrittenen Rüstungsdeal mit Israel genehmigt. Das geheim tagende Gremium aus Mitgliedern des Bundeskabinetts erlaubte die Ausfuhr von drei U-Booten der „Dolphin"-Klasse, die ThyssenKrupp Marine Systems in Kiel bauen will. Israel besitzt bereits fünf U-Boote derselben Klasse, die mit Atomwaffen bestückt werden können. Ein sechstes Boot ist im Bau. Die Bundesregierung hatte zuvor signalisiert, wie schon bei den vorherigen Lieferungen einen Zuschuss zu gewähren. Sie will ein Drittel der Kosten in Höhe von rund 1,5 Milliarden Euro übernehmen. Der Deal wird in Israel von Korruptionsvorwürfen überschattet. Der Anwalt des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu ist gleichzeitig Rechtsberater des Vertriebspartners von ThyssenKrupp in Israel. Das könnte erklären, warum Netanyahu den Deal gegen den Willen der Militärs durchgesetzt hatte. In einem gemeinsamen Memorandum ließ die Bundesregierung eine Klausel einfügen, die ihr das Recht gibt, den Deal aufzukündigen, falls sich die Vorwürfe bestätigen. red

Wirtschaftsinstitut

Chef lobt sich selbst

Bei seinem Lob für das SPD-Steuerkonzept hat der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) verschwiegen, dass sein Institut maßgeblich an der Erarbeitung der Pläne beteiligt war. Im Auftrag der Sozialdemokraten hatte das DIW verschiedene Varianten für eine Steuerreform durchgerechnet. Dadurch hatten die Fachleute auch Einfluss auf inhaltliche Entscheidungen der SPD-Parteiführung genommen. DIW-Präsident Marcel Fratzscher lobte in mehreren Interviews die Pläne des Kanzlerkandidaten Martin Schulz. „Das Konzept der SPD macht Sinn", sagte er, das Vorhaben sei „schlüssig durchgerechnet". Das DIW kann keinen Interessenkonflikt erkennen: Das Institut habe nur die Vorgaben des Kunden SPD durchgerechnet, eigene Ideen nicht eingespeist, erklärte eine Sprecherin auf Anfrage. rei

Netzgesetz

Vorbild Deutschland

Das umstrittene Netzwerkdurchsetzungsgesetz von Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) könnte Nachahmer finden. Italien begrüßt das Vorhaben: Man teile die Ansicht, dass die Selbstregulierung der Plattformen „unzureichend" sei, und habe mit Überlegungen für eine eigene Regulierung begonnen, heißt es in einer Mitteilung Italiens an die EU-Kommission. Das Gesetz sei „besonders interessant, auch weil es in Europa der erste Versuch einer Intervention ist". Noch weiter geht Maas' israelische Amtskollegin Ayelet Shaked. Sie hat ebenfalls eine Taskforce für den Kontakt mit sozialen Netzwerken eingesetzt und strebt gesetzliche Löschvorschriften sowie Bußgelder nach deutschem Vorbild an. Facebook-Chef Mark Zuckerberg soll bereits besorgt Israels Premier Benjamin Netanyahu in der Sache angerufen haben. fab, rom

Atomkraft

Bund besitzt Anteile an Schrottmeilern

Der Bund ist indirekt an jener Firma beteiligt, die in Belgien die umstrittenen Atomkraftwerke Tihange und Doel betreibt. Der Versorgungsfonds für die Beamten und die entsprechenden Versorgungsrücklagen halten Anteile an dem französischen Energiekonzern Engie, die mehr als sechs Millionen Euro wert sind. Die AKW gelten als unsicher, weil die Reaktoren Risse haben. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) setzt sich für deren Abschaltung ein. Im Grenzgebiet um Aachen hatten am vergangenen Wochenende rund 50 000 Menschen mit einer Menschenkette gegen die Kraftwerke protestiert. „Wer am Betrieb von Schrottreaktoren verdient, ist auch mitverantwortlich für das Risiko, dem eine ganze Region durch die Reaktoren ausgesetzt wird", kritisiert der Grünenabgeordnete Oliver Krischer und erinnert die Bundesregierung daran, dass das Land Nordrhein-Westfalen unlängst seine Beteiligungen an dem Konzern verkauft hat. gt



WIKTOR DABKOWSKI / ACTION PRESS

Menschenkette vor Atomkraftwerk Tihange

Ein Impressum mit dem Verzeichnis der Namenskürzel aller Redakteure finden Sie unter www.spiegel.de/kuerzel